

# Medienspiegel Woche 23 / 2017



## Inhalt

**St.Gallen / Integration / Inklusion / Sonderschulen / Digitalisierung / ICT / Forschung / Fachhochschule**

Tagblatt, 9. Juni 2017

[Behinderter Bub darf nicht in Regelklasse](#) 1

Tagblatt, 10. Juni 2017

[Kinder sollen ran an die Computer](#) 2

Luzerner Zeitung, 04. Juni 2017

[Tablets sollen Schulbücher ersetzen](#) 3

Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (Hrsg.)

[Gutachten des Aktionsrats Bildung](#) 3

*Stellungnahme der Professoren Lembke und Lankau zu den Falschmeldungen in den Medien*

Echo der Zeit, Donnerstag, 18:00 Uhr

[Ist Forschung an Fachhochschulen wirklich unabhängig?](#) 3

**Zürich / Bürokratie / Frühfremdsprachen / Geschichte**

Komitee «Lehrplan vors Volk», 11.6.2017

[Newsletter vom 11. 6. 2017](#) 4

**Privatisierung / Digitalisierung / Bildungsindustrie / Bildungskonzerne / Lernbegleiter / Schülerprofile**

NZZaS, 10.6.2017

[Die Schonzeit an unseren Schulen ist vorbei](#) 5

**Schule Schweiz / Fremdsprachen / Initiative / Schwyz / Lehrer / Arbeitszeit / Sponsoring**

Schule Schweiz, 9. Juni 2017

[Sieben von zehn Lehrern arbeiten Teilzeit](#)

Schule Schweiz, 8. Juni 2017

[Fremdsprachen-Initiative auch in Schwyz](#)

[Sauberes Bildungssponsoring gerechtfertigt durch den Lehrplan 21](#)

## Veranstaltungshinweise:

### „Kinder psychisch belasteter Eltern – Herausforderung für Schule & Pädiatrie“

Referenten: Prof. Dr. med. Kurt Albermann (SPZ Winterthur) und

Dr. phil. Maria Theresa Diez Grieser (KJPD St. Gallen)

Fachhochschule St. Gallen (beim Bahnhof)

28.06.2017 18.30 bis 20.30 Uhr

[Begleitbrief Schule und Pädiatrie](#)

[Flyer Schule & Pädiatrie](#)

### Schulreform auf dem Prüfstand

**Meine Schule, deine Schule, unsere Schule... wessen Schule?**

**Bildungspolitik im Zeitalter von Hamos, Bildungsmonitoring,**

**Kompetenzorientierung und Lehrplan 21**

Veranstaltung, Dienstag 27. Juni, 19 Uhr, Uni Bern, Auditorium Maximum (110 1. OG)

mit Bernhard Pulver, Franziska Schwab, Walter Herzog, Alain Pichard

[Einladung](#)

Tagblatt, 9. Juni 2017

## Behinderter Bub darf nicht in Regelklasse

**INTEGRATION · Die Eltern eines Bubens mit Down-Syndrom wehrten sich dagegen, dass ihr Sohn eine Sonderschule besuchen muss. Das Bundesgericht weist die Beschwerde ab.**

Ein heute neunjähriger Bub kam mit Trisomie 21, auch Down-Syndrom genannt, auf die Welt. Er besuchte während dreier Jahre den Regelkindergarten in einer Gemeinde im Kanton Thurgau. Anfang 2016 entschied das Amt für Volksschule des Kantons Thurgau, dass der Knabe in einer Sonderschule einzuschulen ist. Dagegen wehrten sich die Eltern des Bubens beim Departement für Erziehung und Kultur des Kantons Thurgau. Sie beantragten, ihr Sohn sei vollintegriert mit der nötigen Anzahl Assistenzstunden in die Regelschule an seinem Wohnort einzuschulen. Das Departement wies den Rekurs ab. Daraufhin schickten die Eltern den Bubens in eine private Schule, die er auch heute noch besucht. Die Eltern erhoben Beschwerde ans Thurgauer Verwaltungsgericht und forderten, der Knabe sei an seinem Wohnort integrativ zu beschulen. Allenfalls müsse der Kanton oder die Gemeinde die Kosten für die private Schule übernehmen. Als das Verwaltungsgericht die Beschwerde abwies, gelangten die Eltern ans Bundesgericht.

### ***Kein Anspruch auf «optimale» Schulung***

Das Bundesgericht weist die Beschwerde ab. Die Richter erinnern daran, dass die Kantone in der Frage, ob Regelschule oder Sonderschule, über einen erheblichen Gestaltungsspielraum verfügen. Zudem verpflichte der verfassungsmässige Anspruch auf unentgeltlichen Grundschulunterricht die Kantone nicht zur «optimalen» Schulung eines Kindes. Es gebe ferner auch keinen verfassungsmässigen Anspruch behinderter Kinder auf integrative Schule. Jedoch habe die integrierte Sonderschulung grundsätzlich einen Vorrang gegenüber der separierten Schulung behinderter Kinder.

Dieser Vorrang wiederum führt laut Gericht nicht dazu, dass jede separative Sonderschulung unzulässig wäre. Dieses Modell habe nicht nur negative Aspekte. Vielmehr könne dort stärker auf die individuellen Lern- und Förderbedürfnisse eingegangen werden. Zwar räumt das Bundesgericht ein, dass der Knabe mit dem Besuch der Regelschule besser in die Gesellschaft integriert würde und dass umgekehrt auch die nichtbehinderten Kinder vom Umgang mit dem Bubens profitieren könnten.

Dennoch sei das Vorgehen der Thurgauer Behörden nicht zu beanstanden, da sie in diesem Fall entschieden hätten, mit einer separativen Sonderschulung könne den Bedürfnissen des Knaben besser entsprochen werden. Der Entscheid verstösst laut Bundesgericht weder gegen das Diskriminierungsverbot noch gegen den Grundsatz der Integration in die Regelschule.

Urs-Peter Inderbitzin

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/behinderter-bub-darf-nicht-in-regelklasse;art120094,5004780>

## Kinder sollen ran an die Computer



Den Unternehmen fehlen IT-Spezialisten. Trotzdem interessieren sich nur wenige Ostschweizer Jugendliche für ein Informatikstudium. (Bild: Getty)

**BERUFSWAHL · Die wenigsten Ostschweizer Jugendlichen möchten später in die Informatik. Das zeigt eine Studie. Ein schlechtes Zeichen für die St. Galler IT-Bildungsoffensive? Nein, sagen Vertreter von Wirtschaft und Politik.**

**Katharina Brenner**

Ostschweizer Jugendlichen ist eines besonders wichtig im Beruf: Spass. Das zeigt eine Studie der Pädagogischen Hochschule St. Gallen (PHSG). Informations- und Kommunikationstechnik (ICT) macht den 11- bis 16-Jährigen aus den Kantonen St. Gallen und Appenzell Ausserrhoden demnach wenig Spass. Denn nur fünf Prozent der Befragten können sich vorstellen, später in diesem Bereich zu arbeiten (Ausgabe vom 8. Juni). Ist dieses Desinteresse ein Versäumnis der Politik? Der Chef des St. Galler Bildungsdepartements, Regierungsrat Stefan Kölliker, möchte sich zu dieser Frage nicht äussern. Ebenso wenig dazu, ob der Kanton inzwischen ausreichende Massnahmen ergriffen hat, um Jugendliche für Informatik und Technik zu begeistern. Er erachte es «nicht als sinnvoll», im Rahmen der Ausführungen zur Jugendstudie auf die IT-Bildungsoffensive einzugehen. Diese soll ab dem Schuljahr 2018/2019 greifen. Der Kredit in Millionenhöhe macht allerdings noch eine Volksabstimmung nötig.

### *Digitalisierung an Schulen fördern*

Ziel der IT-Bildungsoffensive sind Massnahmen auf allen Schulstufen für die Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung. Fraktionsübergreifend hatte der Kantonsrat eine Motion dafür eingereicht. Gefordert wurde die IT-Bildungsoffensive von der Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell (IHK). «Wir haben der Universität St. Gallen eine Machbarkeitsstudie finanziert, um die Möglichkeit eines Informatikstudiengangs abzuklären», sagt Michael Götte, SVP-Fraktionspräsident im St. Galler Kantonsrat und Leiter kantonale Politik bei der IHK St. Gallen-Appenzell. Auf der politischen Ebene soll die IT-Bildungsoffensive in den Schulen für Veränderungen sorgen. Dass wenige Ostschweizer Jugendliche im IT-Bereich arbeiten möchten, kommt für Götte nicht überraschend. Die IHK habe bereits vor vier Jahren eine Umfrage unter Jugendlichen zu ihren Berufswünschen durchgeführt und festgestellt, dass es grosse Defizite im technischen Bereich gebe. «Wir sehen das auch beim Fachkräftemangel.» Die ICT-Branche sei für die Ostschweiz bedeutend, sagt Götte. Zürich sei Finanzplatz, die Ostschweiz setze auf Industrie und Technik. Die Zahlen zeigen allerdings, dass diese Kompetenzteilung nicht ganz so klar ist: Im Kanton Zürich allein arbeiten 67600 Personen im Informatikbereich. Sie machen einen Drittel aller ICT-Beschäftigten in der Schweiz aus. Es gibt also auch eine Binnenkonkurrenz.

In der Ostschweiz sind rund 2000 Betriebe im ICT-Bereich tätig. Daran hängen rund 15000 Arbeitsplätze. Götte sagt, er sei davon überzeugt, dass die IT-Bildungsoffensive zu Verbesserungen führe. Und nicht nur die Schulen seien angesprochen, sondern auch das Umfeld der Jugendlichen, die Eltern und Grosseltern. «Digitalisierung betrifft uns alle.» Kommen diese Einsichten im Kanton St. Gallen zu spät? «Sie kommen sicher nicht zu früh, aber noch ist es nicht zu spät.»

## ***Kaum Kontakt mit Technik bis zur zweiten Oberstufe***

Der Zeitpunkt ist auch laut Beat Ulrich, Leiter Standortförderung im Kanton St. Gallen, entscheidend. Und zwar der, an dem Jugendliche erstmals mit Informatik in Berührung kommen. «Wir müssen früher damit anfangen, Informatik und Coding an den Schulen zu unterrichten», sagt Ulrich. «Jugendliche treffen ihre Berufswahl in der zweiten Oberstufe. Bis dahin kommen sie kaum in Kontakt mit Informatik.» Sie nutzten zwar ihr Handy oder ein Tablet, würden aber nicht mit ersten Schritten in Programmierung und «den spannenden Möglichkeiten» vertraut gemacht. Informatik und Coding seien deshalb zentrale Themen, weil die Digitalisierung in allen Berufen und Lebensbereichen zunehme. Lehrplan 21 und die IT-Bildungsoffensive seien «Schritte in die richtige Richtung».

Erfreulich sei, dass es dank privater Initiativen Ferienkurse im Programmieren für Kinder gebe. Zudem möchten die Projekte «IT St. Gallen rockt!» und «TunOstschweiz» die ICT-Branche beim Nachwuchs beliebt machen. Hinter «IT St. Gallen rockt» steht die gemeinsame Standortförderung der Kantone St. Gallen, Thurgau und beider Appenzell. «TunOstschweiz» ist eine Erlebnisschau der IHK für technische und naturwissenschaftliche Berufe an der Offa. Wie Michael Götte beschränkt auch Beat Ulrich technisches Wissen nicht auf die junge Generation: «Wir müssen das Hintergrundverständnis, den geeigneten Umgang und die Ausbildung in diesem Bereich fördern – nicht nur bei den Kindern.»

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/kinder-sollen-ran-an-die-computer;art120094,5005747>

### **Mehr dazu:**

Luzerner Zeitung, 04. Juni 2017

#### **Tablets sollen Schulbücher ersetzen**

<http://www.luzernerzeitung.ch/nachrichten/zentralschweiz/luzern/tablets-sollen-schulbuecher-ersetzen;art178318,1041022>

Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (Hrsg.)

#### **Gutachten des Aktionsrats Bildung**

[http://www.aktionsrat-bildung.de/fileadmin/Dokumente/ARB\\_Gutachten\\_gesamt\\_16.05.2017.pdf](http://www.aktionsrat-bildung.de/fileadmin/Dokumente/ARB_Gutachten_gesamt_16.05.2017.pdf)

#### **Stellungnahme der Professoren Lembke und Lankau zu den Falschmeldungen in den Medien**

[http://starkevolksschulesg.ch/wp-content/uploads/PI\\_Lembke\\_Lankau\\_VBW\\_2017\\_05\\_22.pdf](http://starkevolksschulesg.ch/wp-content/uploads/PI_Lembke_Lankau_VBW_2017_05_22.pdf)

Echo der Zeit, Donnerstag, 18:00 Uhr

#### **Ist Forschung an Fachhochschulen wirklich unabhängig?**

Professoren der Schweizer Fachhochschulen kritisieren die grosse Abhängigkeit von ihren Auftraggebern und beklagen, ihre Lehrstühle seien im Vergleich zu den Universitäten schlecht finanziert. Was ist dran an dieser Aussage?

*Wie wird beispielsweise die Wirkungsforschung zum Frühfremdsprachen-Lernen beeinflusst?*

<https://www.srf.ch/play/radio/echo-der-zeit/audio/ist-forschung-an-fachhochschulen-wirklich-unabhaengig?id=faccf756-759e-411a-9ee4-cf70b49630b5>

## Newsletter vom 11. 6. 2017

### Schulpolitik aus der Sicht des hoch oben kreisenden Adlers

Wer wie ein Adler in den Lüften auf die Niederungen des täglichen Lebens blickt, erkennt nur bedingt, was unten wirklich los ist. Mir kommt es vor, als würde unsere Bildungspolitik lieber den Standpunkt des weiten Blickes von oben einnehmen als sich mit den Alltagsorgen der hüpfenden Frösche am Boden unten zu beschäftigen. Grossartige Bildungsprogramme werden kreiert, unbestrittene Harmonisierungen werden als Meilensteine verkauft und die Vorstellung, man könne die Schule zielsicher von oben steuern, wird als wissenschaftliche Fortschritt angepriesen. Doch um die eigentlichen bildungspolitischen Hausaufgaben wird ein Bogen gemacht. Wo bleiben die längst fälligen Antworten zu den Problemen mit der schulischen Integration? Wo sind die Evaluationen all der Reformen, welche trotz zusätzlicher finanzieller Mittel kaum vom Fleck kommen? Ja, auch die Fremdsprachenfrage bleibt eine riesige Baustelle, da man pädagogisch noch immer in einer Sackgasse steckt.

Unser Newsletter enthält mehrere Beiträge, welche die Diskrepanz zwischen den Vorstellungen der aktuellen Bildungspolitik und dem täglichen pädagogischen Ringen um Schulqualität aufgreifen. Einmal mehr dürfen wir einen Text von Carl Bossard veröffentlichen, der in treffender Sprache diese Unterschiede auf den Punkt bringt. Und als humorvollen Abschluss finden Sie eine kleine Realsatire, welche nicht nur bei der Lehrerschaft auf viel Verständnis stossen dürfte.

Viel Vergnügen!

Für das Redaktionsteam «Lehrplan vors Volk»

Hanspeter Amstutz

#### Inhalt

- Vieles geschieht – wenig wirkt  
Kommentar
- Schweizer Historiker alarmiert: Zahl der Geschichts-Studenten ist massiv gesunken  
Kommentar: Kein Ende der Geschichte
- Handys machen Kids zappelig
- «Computer in der Grundschule bringt nichts!»
- Die Google-Invasion in den amerikanischen Schulen
- Leserbrief zu «Lehrplan 21: Gegner sind gescheitert» NZZ am Sonntag vom 28.5.  
«Mehr als ein Achtungserfolg»  
Scherbenhaufen Frühfranzösisch
- Die Lehrer-Bildungsminister-Satire

[Zum Newsletter](#)

<http://lehrplan-vors-volk.ch/data/documents/Newsletter-170611.pdf>



NZZaS, 10.6.2017

## Die Schonzeit an unseren Schulen ist vorbei

**Die Volksschule in der Schweiz gilt als unantastbar. Doch damit könnte bald Schluss sein. Globale Technologiekonzerne wie Google wittern das grosse Geschäft.**

von Anja Burri



Eine weltumspannende, gewinnorientierte Bildungsindustrie erfasst bald auch unsere Volksschulen. (Bild: Keystone)

Alles fing an mit einem Befehl aus der Kantonshauptstadt St. Gallen. Die Kinder der Häggenchwiler sollten im Nachbardorf in die Schule gehen. Die Oberstufe im 1300-Einwohner-Ort Häggenchwil sei zu klein, beschied der Kanton und erlaubte es der Gemeinde nicht, die Schule mit altersdurchmischten Klassen weiterzuführen.

Die Häggenchwiler waren empört. Und so griffen sie zu einem Trick: Sie beauftragten die Privatschule «SBW Haus des Lernens» mit dem Betrieb der Sekundarschule. Die Dorfschule war gerettet.

Das war vor gut fünf Jahren. Heute besuchen 36 Teenager aus dem Dorf die privat geführte Oberstufe, zusammen mit 4 auswärtigen Privatschülern. Für die Häggenchwiler Schüler erhält die Privatschule eine Pauschale der öffentlichen Hand. Die 20 350 Franken pro Schüler und Jahr liegen sogar leicht unter den durchschnittlichen Kosten für die Oberstufe im Kanton.

Die Eltern der auswärtigen Schüler bezahlen das Schulgeld selber. Drei Schüler aus Häggenchwil gehen in die Oberstufe im benachbarten Waldkirch. Diese Wahlfreiheit muss die Gemeinde gewähren. Es ist gesetzlich nicht erlaubt, die Eltern zu zwingen, ihr Kind in die Privatschule zu schicken.

Schulleiterin Maya Boppart sitzt im Büro des Dorfschulhauses. Sie leitete die Schule schon, als sie noch vom Staat betrieben wurde. «Wir halten den kantonalen Lehrplan streng ein», sagt sie. Dennoch nutzen Boppart und ihr Team die Freiheiten, die sie als Privatschule haben.



In der privat betriebenen Staatsschule Häggenchwil lernen die Schüler selbständig. Eine Lehrerin und ein Assistent begleiten die Teenager. (Häggenchwil, 9. Juni 2017) (Bild: Daniel Ammann)

Personalisiertes Lernen heisst das Konzept. Die Lehrer werden «Lernbegleiter» genannt, sie leiten die Schüler in «Inputstunden» an. Danach arbeiten die Jugendlichen an ihren individuellen Lernplänen – mit Tablet-Computern und betreut durch Lehrpersonen. Das Dorf ist überzeugt vom Modell.

Das ist keine Selbstverständlichkeit. Privatschulen haben in der Schweiz einen schweren Stand. Alle Volksinitiativen für die freie Schulwahl waren chancenlos – das Stimmvolk wollte die Privatschulen nicht stärken.

Dass dennoch in kleinen Gemeinden Privatschulen staatliche Schulen übernehmen können, ist kaum bekannt. Die Volksschule gilt in der öffentlichen Wahrnehmung als unantastbar. Doch das könnte sich bald ändern. Die öffentliche Schule steht vor gewaltigen Umbrüchen.

Eine weltumspannende, gewinnorientierte Bildungsindustrie breitet sich aus. Analysten der Bank Julius Bär schätzen, dass im globalen Bildungsmarkt in diesem Jahr bis zu 7,8 Billionen Dollar umgesetzt werden, fast 40 Prozent mehr als 2013. Davon entfällt ein wachsender Anteil auf private Firmen.

Diese Entwicklung wird vor der Schweiz nicht haltmachen. Konzerne werden auch hier versuchen, mit der Volksschule Geld zu verdienen, und damit eine wichtigere Rolle spielen bei der Bildung unserer Kinder. Aber der weltweite Trend beginnt bei uns nicht in der Grossstadt, sondern fast unbemerkt auf dem Land in einem beschaulichen Dorf, das seine Schule retten will.

## Bildung mit Industrie-Charakter

Das Beispiel von Häggenschwil zeige, was bereits heute möglich sei, sagt Jürg Brühlmann vom Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer: «Das Gesetz lässt es zu, dass Private in die Volksschule drängen.» Und diese Firmen haben früher als die meisten öffentlichen Schulen gemerkt, wohin die Bildung der Zukunft steuert: individualisiertes und altersdurchmisches Lernen.

Dieses pädagogische Konzept ermöglicht es, kleine Schulen mit wenigen Schülern zu betreiben. Mit Blick auf Häggenschwil und Co. sagt Brühlmann: «Diese Pioniere bereiten den Boden für internationale, profitorientierte Bildungskonzerne.» Das individualisierte Lernen werde in Kombination mit der Digitalisierung alles verändern.

Dank Online-Plattformen können die Lehrer künftig viel einfacher für jeden Schüler individuelle Lehrpläne erstellen. In diesen Klassen werden Schüler mit unterschiedlichen Begabungen Platz haben, weil jeder gemäss seinem Können gefördert wird.

Zum Beispiel funktioniert Mathematikunterricht dann so: Die Schüler lernen an Stationen im Klassenzimmer – in Gruppen, mit virtuellen und echten Lehrern oder allein am Tablet. Am Abend machen sie einen Test, ein Programm errechnet, welche Aufgaben sie am nächsten Tag lösen müssen, um Fortschritte zu machen.

*Facebook-Gründer Mark Zuckerberg lässt derzeit an über  
100 Schulen eine Software für individualisiertes Lernen testen.*

Die digitalisierte, personalisierte Bildung von morgen werde industriellen Charakter haben, sagt Brühlmann: «Grosse Konzerne werden in der Lage sein, digital und modular aufbereitetes Lernmaterial aus einer Hand anzubieten.»

Dazu gehörten Lernaufgaben, Tests, Roboter für Fragen, Lieder und Spiele. Software zur Gesichtserkennung werde bei Schülern Motivationsprobleme erkennen können. Dank der Digitalisierung sei der individualisierte Unterricht auch an der Volksschule kostengünstig möglich, sagt Brühlmann.

Kein Wunder, haben reiche Technologiekonzerne die öffentliche Schule für sich entdeckt. Facebook-Gründer Mark Zuckerberg spendet nicht nur Millionen, um Schulen in den USA mit Internetzugängen auszustatten. Er lässt derzeit an über 100 Schulen eine Software für individualisiertes Lernen testen.

Reed Hastings, Chef des US-Streamingdienstes Netflix, lässt ein Programm für individualisierten Mathematikunterricht entwickeln, das wie Netflix mit Algorithmen funktioniert.

Am erfolgreichsten agiert jedoch Google. In den USA nutzt bereits mehr als die Hälfte aller Primar- und Sekundarschüler Google-Dienste wie das E-Mail-Programm Gmail oder das Softwarepaket Classroom. Weltweit arbeiten gemäss Google bereits 70 Millionen Schüler und Lehrer mit diesen kostenlosen Online-Lernhilfen.

Kritiker sorgen sich um den Datenschutz der beschenkten Schüler. Es sei unklar, ob und wie die Tech-Giganten die Daten der Schüler für eigene Zwecke nutzen.

In der Schweiz hat die Entwicklung erst begonnen. Noch ist die meistbenutzte Lernplattform unter staatlicher Kontrolle: 90 Prozent aller Schulen, die mit einer Online-Plattform arbeiten, verwenden Educanet, das vom Bund und von den Kantonen stammt. Ob die Lehrer zusätzliche Angebote wie Google nutzen, ist nicht erfasst.

Die Kantone Baselland, Basel-Stadt, Solothurn und Aargau haben ein eigenes Angebot lanciert: Mindsteps ist eine digitale Aufgabensammlung für Schüler und Lehrer. Algorithmen berechnen das Können der Schüler aufgrund von gelösten Aufgaben.

Der digitale Umbruch ist mit diesen Angeboten längst nicht abgeschlossen. Wolfgang Beywl, Professor für Bildungsmanagement an der Pädagogischen Hochschule FHNW, sagt: «In fünf Jahren werden wir unsere Schulen nicht wiedererkennen» – vorausgesetzt, die Kantone brächten das Geld für die digitale Infrastruktur wie schnelle Internetzugänge auf.

Die Online-Projekte der Kantone seien zwar innovativ. Mittelfristig hätten sie aber gegen die Konkurrenz der internationalen Technologiekonzerne keine Chance. Der öffentlichen Hand fehlten die Millionen von Franken, die es brauche, um die Programme laufend weiterzuentwickeln. Für den Professor ist das ein echter Grund zur Sorge: «Wir laufen Gefahr, dass grosse Teile der öffentlichen Bildung der Kontrolle des Volkes entgleiten.»

## Lukrativ für die Werbung

Heikel sei diese Entwicklung auch wegen des Datenschutzes. «Auf Lernplattformen werden künftig ganze Schülerkarrieren gespeichert sein – man sieht nicht nur die Noten und die Lernkurven des Schülers, sondern auch dessen Absenzen, oder man kann nachverfolgen, zu welcher Tageszeit er am produktivsten ist und wann er im Internet surft», sagt Beywl.

Bei solchen «Schülerprofilen» handle es sich um lukrative Daten. Zukünftige Arbeitgeber könnten noch vor dem Vorstellungsgespräch erfahren, ob der Bewerber ein disziplinierter Schüler war. Und für die Werbeindustrie wäre es interessant, zu wissen, um welche Zeit ein Schüler im Internet zu surft.

Auch in der Schweiz fassen private Unternehmen langsam Fuss in den öffentlichen Schulen. Samsung aus Südkorea zum Beispiel finanziert die Lernplattform Learnify mit, die nun für die Schweiz und den Lehrplan 21 angepasst wurde. Gut läuft es derzeit auch für die schwedisch-isländische Firma Infomentor. Nach den Sommerferien beginnt der Kanton Basel-Stadt mit der flächendeckenden Einführung der Infomentor-Software für die Lehrpersonen.

Bis Ende Jahr werde Infomentor in der Schweiz die Marke von 10 000 Nutzern erreicht haben, sagt Geschäftsführer Niclas Walter. Das Potenzial in der Schweiz schätzt er als gross ein: «Der Lehrplan 21 fördert das individuelle Lernen und die Digitalisierung.» Infomentor plant, eng mit den Lehrmittelverlagen zusammenzuarbeiten. Auch diese hätten begonnen, die Lehrmittel digital aufzubereiten.

Insgesamt nutzt eine halbe Million Personen in sechs europäischen Ländern die Lernplattform, in Walters Heimat Schweden beispielsweise ist jede fünfte Gemeinde Infomentor-Kundin. Dort lernen und arbeiten die Schüler über das Internet. Für die Eltern ist maximale Transparenz möglich: Sie können die Schulleistungen oder Absenzen ihrer Kinder online überwachen.



In Basel-Stadt ist Infomentor zu Beginn nur für die Lehrer gedacht. Sie erfassen Absenzen der Schüler, Zeugnisnoten und Lernberichte auf der Plattform. Gespeichert werden die Daten aber auf dem bisherigen Server der Volksschule.

«Das Programm wird den Lehrpersonen mittelfristig die administrativen Aufgaben erleichtern», sagt Dieter Baur, Leiter der Volksschulen Basel-Stadt. Ob auch die Sekundarschüler mit der privaten Plattform arbeiten sollen, diskutiere man noch, sagt Baur. Eine Einsicht für Eltern sei unwahrscheinlich. Er ist sich der Brisanz bewusst. Um heikle Daten wie Zeugnisse zu schützen, habe man eng mit dem kantonalen Datenschutzbeauftragten zusammengearbeitet. So müssen sich Lehrer stets doppelt auf der Plattform einloggen.

Gita Steiner-Khamsi hat in anderen Ländern untersucht, was passiert, wenn Private staatliche Schulen übernehmen. Die Professorin der Columbia Universität in New York forscht über die Bildungsindustrie. In Schweden habe die Privatisierung des Bildungssystems verheerende Folgen gehabt, sagt sie. Nachdem das Land die freie Wahl zwischen privaten und staatlichen Schulen eingeführt habe, seien die Leistungen der Schüler gesunken.

Wettbewerb unter den Schulen sollte den Unterricht verbessern. «Doch das Prinzip funktionierte nicht», sagt sie. Schüler, deren Eltern sich um die Bildung kümmerten, flüchteten aus Klassen mit sozial schwächeren Schülern. In gewissen Quartieren lag der Ausländeranteil der Schüler bei fast 100 Prozent.

*Wenn Gemeinden mit ihren Dorfschulen in finanzielle Bedrängnis geraten, diskutieren sie regelmässig über das Privatschul-Modell.*

Von ihrer Zeit als Leiterin der interkulturellen Pädagogik der Bildungsdirektion im Kanton Zürich kennt Steiner-Khamsi das Schweizer Bildungssystem gut. «Wenn öffentliche Gelder an private Schulen fliessen, ist das eine schleichende Privatisierung», sagt sie. Das Schulmodell von Häggenschwil sei in diesem Sinne wegweisend, aber nicht alarmierend: «Solange der Staat die Zügel bei der Bildung nicht aus der Hand gibt, sind Privatschulen eine gute Ergänzung.»

## Private Retter

Die Schweiz ist weit entfernt von schwedischen Verhältnissen. Es gibt keinen Wettbewerb zwischen den Schulen. Und Privatschulen, die staatliche Schulen betreiben, sind Einzelfälle. Wenn aber Gemeinden mit ihren Dorfschulen in finanzielle Bedrängnis geraten, diskutieren sie regelmässig über das Privatschul-Modell.

Fast zeitgleich mit den Häggenschwilern entschied sich die Gemeinde Williberg im Kanton Aargau vor gut fünf Jahren dafür, die Primarschule an Private auszulagern. Die Schule in der 170-Seelen-Gemeinde stand vor dem Aus. Sie war zu teuer geworden, und der langjährige Gesamtschullehrer ging in Pension.

Für Estelle und Daniel Keller kam die Anfrage der Gemeinde zur richtigen Zeit. Ihre Privatschule auf dem Wannenhof oberhalb Unterkulm war so beliebt geworden, dass sie nicht mehr alle Kinder aufnehmen konnten. Sie mieteten das Dorfschulhaus Williberg und richteten dort eine Filiale ein.

Die Gemeinde bezahlt Kellers 21 600 Franken pro Kind und Jahr. Damit können sie den Schulbetrieb nicht kostendeckend finanzieren. Ihre Rechnung geht aber auf, weil zusätzlich elf Privatschüler in Williberg zur Schule gehen. Kellers treiben in erster Linie pädagogische Ideale an, sie sehen sich aber auch als Unternehmer. Die richtige Kalkulation sei wichtig, auch erhielten die Lehrer denselben Lohn wie an der Volksschule. Alle Kinder gehen den ganzen Tag in die Schule, das gemeinsame Mittagessen ist obligatorisch.

«Wir wollten eine Schule gründen, die uns Lehrern und den Kindern Freude macht», sagt Daniel Keller. Das bedeutet: Die Schulklassen sind altersdurchmischte. Kinder mit Schwierigkeiten wer-

den erfolgreich integriert. Englisch lernen alle ab der 1. Klasse. Das moderne pädagogische Konzept kommt gut an im Dorf; die Schüler schaffen den Anschluss an die Sekundarstufe problemlos.

Ein gutes Zeugnis für eine private Firma, die eine Schule übernommen hat, die der Staat aufgeben wollte.

## **In den USA gründen Millionäre eigene Schulen**

Wer etwas auf sich hält in den USA, besitzt eine Schule. Die Waltons, Besitzer von Wal-Mart, der grössten Supermarktkette der Welt, haben Schulen in mehr als einem Dutzend Gliedstaaten. Die Stiftung von Bill und Melinda Gates unterstützt die Gründung von Schulen mit Millionen. Und auch Facebook-Gründer Mark Zuckerberg hat eine eigene Stiftung für Schulen.

Milliardäre, Konzerne, Nonprofitorganisationen, Universitäten und Forschungseinrichtungen übernehmen in den USA Schulen. Es sind fast immer öffentliche Schulen in Problemvierteln. Diese Schulen heissen Charter Schools. Sie sind zwar Teil des öffentlichen Bildungssystems, finanziert über Steuereinnahmen. Sie werden aber von privaten Organisationen oder auch gewinnorientierten Firmen betrieben.

Diese dürfen die Fächer selber festlegen, die Klassengrössen und Lehrpläne eigenständig bestimmen. Sie sind nicht einmal dazu verpflichtet, ausgebildete Lehrer anzustellen. Was am Ende zählt, ist alleine die Leistung der Schüler. Der dadurch entfachte Wettbewerb unter den Schulen, so die Idee, soll die Qualität der Bildung für alle erhöhen. Zudem hofft man darauf, dass die Ungleichheit zwischen sozial benachteiligten Jugendlichen und solchen aus bildungsnahen Familien sinkt.

Im Jahr 2015 besuchten bereits drei Millionen Schüler in den USA eine Charter School. Die Zahl dürfte in nächster Zeit noch einmal deutlich ansteigen. Denn die neue, von Präsident Donald Trump ernannte Bildungsministerin Betsy DeVos ist eine Verfechterin der Charter Schools. Sie möchte den Wettbewerb unter den Schulen noch verstärken und flächendeckend die freie Schulwahl einführen.

Doch das System der freien Schulwahl und der Charter Schools ist heftig umstritten. Verschiedene Studien zeigten auf, dass sich die Ungleichheiten nicht abgeschwächt, sondern verstärkt haben. Von den Charter Schools schaffen es zwar mehr Absolventen aufs College als von staatlichen Schulen aus Problemvierteln. Diese Schulen werden jedoch definitiv abgehängt und zu Restschulen, in denen nur noch die schwächsten Schüler verbleiben. Mit jedem Schüler, der von der Staatsschule auf eine Charter School wechselt, verliert die öffentliche Schule zudem das Schulgeld.

Gönner wie Mark Zuckerberg investieren Millionen, um die Charter Schools zu verbessern. Er lässt dort derzeit Online-Lernplattformen testen, die die individuelle Förderung der Schüler verbessern sollen. Die Charter Schools sind auch Labore, in denen pädagogische Innovationen ausprobiert werden.

Eine Variante sind die Online Charter Schools. Auch sie verbreiten sich rasend schnell und zählen bereits mehrere Millionen Schüler in den USA. Der Unterricht findet entweder nur noch via Internetplattform oder teilweise online statt. Eine Studie der University of Washington und der Stanford University zeigte aber, dass die Online-Schüler in Mathematik und Lesen deutlich schwächere Leistungen erbrachten als andere Schüler. (*ria.*)

<https://nzzas.nzz.ch/notizen/die-schonzeit-an-unseren-schulen-ist-vorbei-ld.1300244>